



«Das wars jetzt, ihr kennt das Risiko»

Jacqueline Fehr Laut der SP-Regierungspräsidentin lässt sich eine höhere Impfquote nur erreichen, wenn man den Zögerern zuhört. Einzig bei den Jungen will sie Druck machen. Wer sich vor dem Clubbesuch testen lassen will, soll das künftig selber zahlen.

Beat Metzler



Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr vor ihrem Haus in Winterthur: «Der grosse Teil meines Umfelds hat sich auf die Impfung gefreut.» Foto: Dominique Meienberg

Frau Fehr, darf man seine Freundinnen und Verwandten fragen, ob sie geimpft sind?

Man darf. Denn es ist wichtig für unser Verhalten. Wenn ich von einer Person weiss, dass sie zu einer Risikogruppe gehört, bei der die Impfung nicht schützt, bin ich vorsichtig. Geimpfte hingegen stellen füreinander kaum eine Gefahr dar.

Würden Sie eine Essenseinladung von

Ungeimpften ablehnen?

Nein. Wenn sich jemand aus freiem Willen nicht impfen lässt, gehe ich davon aus, dass diese Person das Risiko einer Ansteckung eingehen will. So wie sie vielleicht keinen Velohelm anzieht. Und ich als Geimpfte bin ja gut geschützt.

Haben Sie viele Diskussionen deswegen? Oder gar Streit?

Der grosse Teil meines Umfelds hat sich auf die Impfung gefreut.

Es gibt aber auch ein paar Zurückhaltende. Manchmal spreche ich sie darauf an. Manchmal lasse ich es bleiben.

Im Gegensatz zu den umliegenden Ländern können Ungeimpfte fast alles tun in der Schweiz. Mit knapp 50 Prozent haben wir die tiefste Impfquote in Westeuropa. Sind wir zu lieb mit den Ungeimpften?

Man darf nicht alle in den glei-



chen Topf werfen und pauschal verurteilen. Das verhärtet nur die Situation. Es gibt verschiedene Motive dafür, sich nicht impfen zu lassen. Diese müssen wir durch Zuhören zu verstehen versuchen, um dann mit passenden Angeboten darauf zu reagieren.

Zum Beispiel?

Einige Menschen misstrauen der Pharmaindustrie. Da braucht es mehr Informationen. Andere haben Fragen, die sie nirgends zu stellen getrauen, weil alle so gescheit tun. Das ist verheerend. Antworten könnten etwa anonyme Beratungsangebote liefern.

Plant der Kanton ein solches?

Er wäre wohl der falsche Absender, weil er selber Partei ist. Das müssten andere übernehmen, Medien oder zivilgesellschaftliche Akteure. Der Kanton engagiert sich anderweitig. Nach den Sommerferien schicken wir Impfbusse in die Dörfer oder vor die Berufsschulen. Sie sollen jene umstimmen, denen das Impfen bisher zu umständlich war. Vorerst sind zwei bis drei Busse geplant. Je nach Bedarf lässt sich das steigern.

Und mehr Druck braucht es nicht?

In einem Punkt bin ich dafür. Die Gratistests für reine Freizeitaktivitäten müssen in zwei, drei Monaten auslaufen. Wer sich vor dem Fussballspiel oder dem Clubbesuch testen will, soll das künftig selber zahlen. Gut wäre, wenn der Bund diesen Wechsel frühzeitig ankündigt. Dann haben alle die Chance, sich noch vorher impfen zu lassen. Ich verstehe, wenn junge Leute zögern. Sie erleben selten, wie heimtückisch die Krankheit sein kann. Viele sind nicht grundsätzlich

dagegen. Sie wollen einfach mal ihre Ruhe haben. Mit dem Ende der Gratistests können wir sie anstupsen. Im Beruf oder beim Zugang zu öffentlichen Diensten muss das Testen aber eine kostenlose, vollwertige Alternative bleiben.

In Italien oder Frankreich darf man nur noch mit dem Covid-Zertifikat ins Restaurant. Das scheint sich positiv auf die Impfquote auszuwirken.

Ich glaube nicht, dass solche Einschränkungen zum Impfen motivieren. Im Gegenteil. Sie vertiefen nur die Gräben.

Sie sagen, man dürfe die Ungeimpften nicht pauschal verurteilen. In einem Ihrer Blogbeiträge bezeichnen Sie diese aber als unsolidarisch.

Mit dem Impfen schützt man andere Menschen, weil man kaum ansteckend ist. Weniger Ansteckungen bedeuten weniger Spitalweisungen. So schont man die Angestellten im Gesundheitswesen. Die Corona-Wellen haben viele von ihnen an den Rand ihrer Kräfte gebracht. Auch Ungeimpfte erwarten, dass sie bei einem Autounfall von fittem Personal behandelt werden. Gleichzeitig tragen sie mit ihrer Impfverweigerung zu deren Überlastung bei. Das ist nicht solidarisch.

Warum sträuben sich so viele Menschen dennoch dagegen?

Die Leute spüren, dass sich ähnliche Fragen beim Kampf gegen den Klimawandel stellen werden. Wenn wir den Planeten retten wollen, reicht es nicht mehr, nur für sich und die eigene Familie zu schauen. Wir haben lange unsere individuellen Rechte stark betont. Künftig müssen wir

über unseren Lebensraum hinaus Verantwortung übernehmen und uns mit Einschränkungen

«Ich sehe die Debatte als Vorwegnahme vieler Konflikte, die uns bevorstehen.»

der persönlichen Freiheit auseinandersetzen. Dagegen wehrt sich eine bestimmte Gruppe. Ich sehe die Impfdebatte als Vorwegnahme vieler Konflikte, die uns bevorstehen.

Viele Geimpfte macht die Solidaritätsverweigerung hässig. Sie auch?

Man darf sich nicht an jenen festbeissen, die einen provozieren. Längst nicht alle sind Verschwörungstheoretiker. Wir müssen uns an die Gesprächsbereiten wenden. Das ist die Mehrheit der heute noch Ungeimpften.

Die Impfunwilligen wohnen eher auf dem Land und wählen tendenziell SVP. Diese Linien entlang wird gestritten. Wie konnte sich die Impffrage derart politisch aufladen?

Die Unterschiede zwischen Stadt und Land erstaunen mich nicht. In der Stadt muss man mehr Rücksicht nehmen auf andere Menschen und lebt enger zusammen. Auf dem Land ist man mehr für sich. Aber der heraufbeschworene Stadt-Land-Konflikt



tut mir weh. Ich bin auf dem Land aufgewachsen. Ein Teil meiner Familie lebt dort. Ich kenne das Milieu gut und mag diese Menschen. Wenn man sie einfach als «Idioten» oder «Verweigerer» abkanzelt, muss man sich nicht wundern, dass sie das Gegenteil tun und die Polarisierung zunimmt. Ich suche lieber das Gespräch.

Das heisst, Sie gehen aufs Land?

Im Rahmen des Projekts Teilhabe veranstalten wir gerade in sechs ländlichen Gemeinden eine Art Speeddating mit Behördenmitgliedern. Da können die Menschen ihre Anliegen deponieren. Solche Projekte fördern das Verständnis füreinander.

Aber die Impfquote schnell deswegen nicht nach oben.

Wir können diesen Ansatz weiterentwickeln. Wichtig scheint mir, dass die Ansprache im vertrauten Umfeld geschieht, im Sportverein oder im Chor. Wenn der Trainer im Fussballclub sagt: «So, wir impfen» – dann tun es die meisten. Wir müssen weitere Netzwerke aktivieren. Sehr wichtig sind erneut die Gemeinden. Sie befinden sich nahe an der Bevölkerung und haben damit eine starke Überzeugungskraft.

Ist es die Verantwortung

der SVP, ihre Anhängerinnen umzustimmen?

SVP-Vertreter können das sicher besser als ich. Sie haben einen anderen Zugang zu den eigenen Leuten. Die Furcht vor einem Staat, der alles vorschreibt, gehört ja zum Parteiprogramm.

Macht die SVP genug?

Da läuft viel, was wir nicht sehen. Davor habe ich Respekt. Es ist ja nicht ganz einfach. SVP-Impfbedürftiger werden aus den eigenen Reihen beleidigt.

Wie lange muss sich der Staat noch um die Impfunwilligen bemühen?

Spätestens wenn der in der Schweiz gelagerte Impfstoff zu verfallen droht, müssen wir ihn weitergeben. Die schnelle Impfung ist ein Privileg. Es gibt genügend andere Länder, die auf den Impfstoff angewiesen sind. Irgendwann muss man sagen: So, das wars jetzt, ihr kennt das Risiko.

Trotz der tiefen Impfquote hat Alain Berset weitere Lockerungen angekündigt. Was halten Sie davon?

Das unterstütze ich. Mit der Verlängerung der Massnahmen befeuern wir die Spaltung der Gesellschaft.

Und wenn den Spitälern erneut die Überlastung droht?

In diesem Fall würde ich es befürworten, die Zertifikatspflicht auf Restaurants oder Fitnessclubs auszuweiten. Bevor es wieder zu Schliessungen für alle käme, müssten sich die Ungeimpften einschränken.

Das wäre die Zweiklassengesellschaft, vor der viele warnen.

Dieser Einwand trifft nicht zu. Das Gleichbehandlungsgebot in unserer Verfassung schreibt vor, dass der Staat Ungleiches ungleich behandeln muss. Vereinfacht: Ein Gefahrentransport muss andere Bedingungen erfüllen als ein Lastwagen, der Tomaten geladen hat. Auch Geimpfte und Ungeimpfte sind ungleich in ihrer Gefährlichkeit. Also müssen wir, wenn wirklich eine Überlastung droht, unterschiedliche Regeln machen für sie.

Auch Geimpfte können an Covid sterben. Droht das Szenario, dass die Massnahmen noch viel länger bleiben?

Dafür ist die Wahrscheinlichkeit eines Todesfalls viel zu klein. Wir gehen im Alltag selbstverständlich viel grössere Risiken ein, zum Beispiel im Verkehr. Und es gibt keine absolute Sicherheit. Mein Vater zum Beispiel lebte kerngesund und starb mit 59 an Krebs. Solche Schicksalsschläge gehören zum Leben. Covid wird künftig so ein Schicksalsschlag sein.